GENDER OPEN REPOSITORIUM

Antifeminismus: Diskursverschiebungen, Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten in verschiedenen Praxisfeldern

Henninger, Annette

2020

https://doi.org/10.25595/3678

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Henninger, Annette: *Antifeminismus: Diskursverschiebungen, Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten in verschiedenen Praxisfeldern*, (2020), 110–116. DOI: https://doi.org/10.25595/3678.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i1.09

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Antifeminismus: Diskursverschiebungen, Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten in verschiedenen Praxisfeldern

ANNETTE HENNINGER

Nachdem die AfD in die Parlamente eingezogen war, lancierte ihre Fraktion eine Flut von Kleinen Anfragen mit dem Ziel, Gender Studies, Gleichstellungspolitik und Initiativen zur Entnormierung und Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse zu delegitimieren. Spätestens seit diesem Zeitpunkt sind Gleichstellungspolitiker*innen, feministische und queere Aktivist*innen, Pädagog*innen und Wissenschaftler*innen unmittelbar mit dem Thema Antifeminismus konfrontiert. Zwei kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte an der Universität Marburg analysieren die antifeministische Diskursproduktion und ihre Effekte in verschiedenen Praxisfeldern. Über die Ergebnisse des Projekts „‚Genderismus' in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016"[1] wurde in der Femina Politica bereits berichtet (Henninger 2019). Hier konzentriere ich mich auf empirische Befunde sowie politisch-praktische Schlussfolgerungen in Bezug auf Interventionsmöglichkeiten aus dem interdisziplinären Projekt „REVERSE – Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial"[2], in dem wir fünf Fallstudien zu Antifeminismus in der Wissenschaft, zu Diskursen über Mutterschaft, zu den Effekten der diskursiven Ethnisierung von Sexismus in Orientierungskursen für neu Zugewanderte, zu den Auswirkungen der Debatte über ‚Frühsexualisierung' in der Sexualpädagogik sowie zu antifeministischen Mobilisierungsversuchen gegen die ‚Ehe für alle' durchgeführt haben.[3]

Als übergreifendes Ergebnis lässt sich festhalten, dass in keiner der Fallstudien direkte Effekte antifeministischer Mobilisierungen auf das untersuchte Feld selbst beobachtet werden konnten. Allerdings wurden dort in Abhängigkeit von den feldspezifischen Problem- und Konfliktkonstellationen teilweise durchaus Fragmente antifeministischer Diskurse virulent, und die Genderkritiker*innen aus der Wissenschaft wirkten mit ihren Positionen in antifeministische Diskurse außerhalb der Wissenschaft hinein. Dies wird im Folgenden herausgearbeitet, wobei der Fokus auf Handlungsmöglichkeiten für emanzipatorische Gegenstrategien liegt.

Schwerpunkt der kulturwissenschaftlichen Fallstudie zu Antifeminismus in der Wissenschaft (Bearbeitung: Marion Näser-Lather) war eine Diskurs- und Rezeptionsanalyse der Publikationen von zehn akademischen Gender-Kritiker*innen. Diese sind in ihren Disziplinen teilweise recht profiliert, allerdings nicht in der Geschlechterforschung ausgewiesen. Sie nutzen jedoch ihre wissenschaftliche Autorität, um in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Expertise über ‚Gender' zu reklamieren und ihren antifeministischen Argumenten einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben – trotz teilweise eklatanter Verstöße gegen wissenschaftliche Standards.

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i1.09

Die Rezeptionsanalyse zeigt, dass Genderkritiker*innen aus der Wissenschaft mit ihren Positionen in ihren jeweiligen Fachdisziplinen keine Resonanz finden. In Medien aus dem rechten Spektrum (z.B. Junge Freiheit, Freie Welt, Sezession, Faktum Magazin) werden sie jedoch häufig zitiert. Einige Untersuchungspersonen publizieren dort auch selbst oder betreiben Blogs, die ins rechte Spektrum hineinwirken. Noch bedenklicher in Bezug auf die öffentliche Wirksamkeit des akademischen Antifeminismus ist es, dass diesem Personenkreis in den politischen Leitmedien ein Expert*innen-Status zum Thema Gender Studies eingeräumt wird: Vor allem in den konservativen (Welt, Focus, FAZ), aber auch in liberalen Printmedien (Spiegel, Zeit) sind sie als Gastautor*innen und Interviewpartner*innen gefragt und werden häufig zitiert.

Dies korrespondiert mit Befunden aus dem Projekt „‚Genderismus' in der medialen Debatte": In den dort untersuchten Medien (Welt, FAZ, Spiegel Online und Süddeutsche) war der Tenor der Thematisierung von Gender Studies überwiegend kritisch bis abwertend. Eine redaktionelle Prüfung oder kritische Einbettung der Aussagen von Gender-Kritiker*innen fand selten statt. Online-Kommentare boten einen zusätzlichen Raum für Polemiken gegen die Gender Studies; generell wurde in den Kommentarspalten kaum sachlich argumentiert. Dagegen bieten Leser*innen-Briefe durchaus Raum zur Artikulation von Gegenpositionen – eine Möglichkeit, die Geschlechterforscher*innen stärker nutzen sollten. Zudem gilt es, die Möglichkeiten zur Einspeisung von Expertise aus der Geschlechterforschung sowie zur Artikulation feministischer und queerer Positionen in liberalen Printmedien jenseits unseres Samples (z.B. taz, Frankfurter Rundschau, Tagesspiegel, Neues Deutschland) auszuloten und Kontakte zu interessierten Journalist*innen zu pflegen.

Die psychoanalytisch angelegte Fallstudie zu Mutterschaftsdiskursen (Helga Krüger-Kirn und Leila Tichy) führte eine Diskursanalyse von Elternzeitschriften (nido, Eltern, Baby und Familie) durch und untersuchte damit ein Medien-Genre, in dem die für antifeministische Diskurse zentralen Themen Mutterschaft und Familie verhandelt werden.[4] Allerdings zeigte sich in den untersuchten Elternzeitschriften kein offenkundiger Antifeminismus. Vielmehr wird der ‚neue Vater' als Leitbild propagiert, jedoch wird betont, dass Väter ‚anders' mit dem Kind umgingen. Die Mutter-Kind-Beziehung wird dagegen über den Verweis auf die Macht der Hormone sowie durch populärwissenschaftliche Lesarten psychologischer Bindungstheorien auf Biologie reduziert. Zugleich dominiert ein postfeministischer Diskurs, in dem Gleichstellung als bereits erreicht gilt. Dieser Diskurs geht mit einer Rhetorik der Wahlfreiheit einher, in der die Rollenverteilung der Eltern als frei gewählt und jederzeit revidierbar erscheint. Mütter entscheiden sich also scheinbar bewusst zugunsten des Kindeswohls, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu reduzieren. Das in den Zeitschriften entworfene Mutter-Ideal sieht eine intensive Mutter-Kind-Bindung vor; daneben sollen Mütter auch ‚emanzipiert' sein, d.h. eine gleichberechtigte Beziehung leben und erwerbstätig sein. Tipps für die Selbstoptimierung sollen helfen, dieses Ideal zu erreichen. Die in der Fallstudie durchgeführten Mütterinter-

views zeigen, dass das Scheitern an diesen Anforderungen als individuelles Versagen interpretiert wird; eine Solidarisierung mit anderen Müttern sowie Kritik an strukturellen Problemen unterbleibt. Feminismus erscheint aus Sicht der Interviewpartnerinnen angesichts dieser Gemengelage nicht als Unterstützung, sondern als Quelle unerfüllbarer Anforderungen – eine Haltung, die durchaus anschlussfähig an antifeministische Positionen ist, wie z.B. an die Forderung der christlich-rechtskonservativen Publizistin Birgit Kelle (2017), der Feminismus solle aufhören, Mütter zu bevormunden. Helga Krüger-Kirn und Leila Tichy folgern, dass emanzipatorische Interventionsstrategien Mutterschaft wieder offensiv zum feministischen Thema machen, widersprüchliche und überzogene Ansprüche ebenso wie die unzureichenden strukturellen Rahmenbedingungen für Familien thematisieren und eine Ent-Biologisierung von ‚mothering' einfordern sollten.

Eine weitere Fallstudie (Barbara Grubner und Denise Bergold-Caldwell, Kultur- und Erziehungswissenschaften) untersuchte die Effekte der diskursiven ‚Ethnisierung von Sexismus' in Orientierungskursen für neu Zugewanderte mittels einer Diskursanalyse öffentlicher Debatten, teilnehmenden Beobachtungen in den Kursen und begleitenden Interviews. Mit der Wertevermittlung in diesen Kursen wird vor dem Hintergrund aktueller Debatten über Zuwanderung das Ziel verfolgt, das Geschlechterbewusstsein von Zugewanderten auf das Niveau der in Deutschland bereits als erreicht geltenden Gleichstellung zu ‚heben'. Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten in den hiesigen Geschlechterverhältnissen bleiben dabei ebenso unthematisiert wie die Rassismus-Erfahrungen der Teilnehmer*innen. Insgesamt erwies sich die Kurspraxis als Gratwanderung zwischen dem inhaltlichen Interesse und Diskussionsbedarf der Teilnehmenden und der Vermittlung von ‚abprüfbarem' Wissen für Einbürgerungstests. Trotz des teilweise hohen Engagements der Kursleitungen reproduzierten dieses Setting sowie die bereitgestellten Lernmaterialien ein ‚othering' der Teilnehmenden als rückständige ‚Andere'. Praxisnahe Interventionsmöglichkeiten wären hier stärker an den Vorkenntnissen und an der Lebenssituation der Teilnehmenden anzusetzen und Rassismus offen zu thematisieren. Zudem gälte es, die Geschlechterverhältnisse in Deutschland in ihrer Ambivalenz darzustellen – beides verspricht bessere Ansatzpunkte für die Alltagsbewältigung von neu Zugewanderten. Es wäre außerdem notwendig, einerseits die Verschränkung von Anti-/Postfeminismus und Rassismus offenzulegen, andererseits aber auch die kritische Auseinandersetzung mit Rassismus innerhalb des Feminismus voranzutreiben.

In der erziehungswissenschaftlichen Fallstudie zur (Sexual-)Pädagogik (Susanne Maurer, Anna-Lena Oldemeier und Ferdinand Backöfer) zeigte sich Antifeminismus als implizite Delegitimierung von Anliegen, die unter der Sammelbezeichnung ‚Sexualpädagogik der Vielfalt' subsummiert werden, obwohl geschlechterreflektierte Pädagogik, Antidiskriminierungspädagogik und Sexualpädagogik durchaus unterschiedliche Konzepte verfolgen. Gemeinsam ist diesen pädagogischen Feldern ihre schwache institutionelle Verankerung, was sie potenziell leicht angreifbar macht. Zudem besteht bei den Fachkräften vor dem Hintergrund von Missbrauchs-

skandalen und Defiziten in der Ausbildung eine große Unsicherheit im Umgang mit kindlicher Sexualität. Vor diesem Hintergrund wird der Wunsch nach (rechtlicher) Absicherung artikuliert, und die Prävention sexualisierter Gewalt wird zur zentralen Legitimierungsstrategie (sexual-)pädagogischer Arbeit. Dieser Fokus auf Prävention sollte kritisch hinterfragt werden, um Raum für Anliegen wie Sexualaufklärung, Fragen sexueller Selbstbestimmung oder schlicht für die Fragen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Ebenso gilt es, die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowohl gesellschaftspolitisch als auch in der pädagogischen Ausbildung und in pädagogischen Institutionen stärker zu verankern.

Die politikwissenschaftliche Fallstudie zur ‚Ehe für alle' (Christopher Fritzsche, Juliane Lang) untersuchte aus hegemonietheoretischer Perspektive rechte Gegenmobilisierungen gegen die Eheöffnung und deren Einfluss auf den Politikprozess. Hierfür wurde eine Diskursanalyse von Medien aus dem christlich-rechten (kath.net, Charismatismus) sowie aus dem neu-rechten Spektrum (Junge Freiheit, Freie Welt) durchgeführt. Diese zeigte, dass es in Deutschland durchaus antifeministische Mobilisierungsversuche gab, für die die massenwirksame Mobilisierung in Frankreich durch „Manif pour tous", eine sogenannte „Demo für alle", die sich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und die damit verbundenen Rechte wendet, explizit als Vorbild diente. Allerdings zeigten Interviews mit am Politikprozess beteiligten Parlamentarier*innen, dass diese Interventionsversuche von rechts keinen Einfluss auf die parlamentarischen Debatten hatten. Nach Einschätzung der Parlamentarier*innen sei die Gesellschaft vielmehr ‚reif' für diese Reform gewesen. Auch die gesellschaftspolitische Modernisierung der Unionsparteien, die vergleichsweise liberale Position der deutschen Kirchen sowie Tatsache, dass die Medien erst 2017 im Kontext der beiden Bundestagsdebatten intensiver über die Reformpläne berichteten, mögen hierzulande zum Scheitern einer antifeministischen Mobilisierung gegen die Eheöffnung beigetragen haben. Jedoch sehen sich deren Protagonist*innen in einem ‚Kulturkampf' gegen die Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse und werden vermutlich neue Mobilisierungsversuche starten, um ihr politisches Projekt weiter zu verfolgen.

Auch das REVERSE-Projekt selbst wurde zum Ziel antifeministischer Angriffe, etwa in Form der Diffamierung des Projekts und einzelner Beteiligter in den sozialen Medien, aber auch in Form einer (verlorenen) Unterlassungsklage gegen eine Projektmitarbeiterin sowie in einer Kleinen Anfrage der AfD im Bundestag. Dabei zeigte sich, dass die Wissenschaft angesichts ihrer institutionalisierten Gleichstellungsstrukturen und der Sensibilisierung von institutionellen Akteur*innen vergleichsweise gute Unterstützungsstrukturen gegen antifeministische Angriffe bietet – die Antwort der Bundesregierung auf die erwähnte Kleine Anfrage (BT-Drucksache 19/8220) stärkte das REVERSE-Projekt gegen die Kritik der AfD. Auch Hochschulleitungen erkennen zunehmend, dass Antifeminismus einen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit darstellt. Sehr hilfreich waren für uns die Empfehlungen aus der Studie von Marx/Kotlenga (2017), ein Commitment der Hochschulleitung

einzufordern, Unterstützung in Hochschulgremien zu suchen und die lokale Studierenden-Kultur zu berücksichtigen – letzteres gelang in Marburg sehr gut durch die breite Thematisierung von Antifeminismus in Lehr- und Vortragsveranstaltungen, die auf großes studentisches Interesse stießen. Unsere Erfahrung zeigt, dass Unterstützung ‚von oben', beispielsweise durch die Hochschulleitung, eminent wichtig für angegriffene Wissenschaftler*innen ist, aber durchaus auch eingefordert und durch strategische Bündnisse vorbereitet werden muss. Doch gibt es auch im Feld der Wissenschaft weiteren Forschungsbedarf, um zu eruieren, wie antifeministische Angriffe von einzelnen Geschlechterforscher*innen, aber auch von den Hochschulen und weiteren institutionellen Akteur*innen bewältigt und bearbeitet werden und welche Konsequenzen dies für die Themenwahl, für Karrierestrategien und die öffentliche Positionierung von Geschlechterforscher*innen hat.

Viele Gespräche am Rande von Tagungen sowie mit unseren Praxispartner*innen zeigten uns, dass die Voraussetzungen in anderen Feldern deutlich schlechter sind: Akteur*innen in der geschlechterpolitischen und (sexual-)pädagogischen Bildungsarbeit agieren oft unter sehr prekären Erwerbsbedingungen und sind von kurzfristigen Schwerpunktverlagerungen bei Förderprogrammen wie z.B. ‚Demokratie leben!' abhängig. Wer sich öffentlich gegen Antifeminismus positioniert, kann zudem schnell zur Zielscheibe von Shitstorms werden. Auch sind kommunale Gleichstellungsbeauftragte teilweise intensiven antifeministischen Angriffen ausgesetzt (vgl. auch BAG 2018). Ihr Unterstützungspotenzial hängt stark von der politischen Situation vor Ort ab – hierzu sind weitere Untersuchungen nötig, ebenso wie zu den Auswirkungen der zunehmenden Präsenz der AfD in Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auf die Gleichstellungsarbeit, aber auch auf Beratungs- und Bildungsarbeit in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und Sexualität. Systematische, international vergleichende Untersuchungen zu Antifeminismus in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern wie auch zur transnationalen Vernetzung antifeministischer Akteur*innen stehen noch am Anfang.

Als praxisbezogene Interventionsstrategie gilt es, weiterhin öffentlichkeitswirksam über antifeministische Strategien, Argumentationen und Fehlinformationen aufzuklären – und die Inhalte der Gender Studies einem breiteren Publikum verständlich zu machen. Die politischen Stiftungen der Mitte-Links-Parteien, aber auch andere Akteur*innen stellen hierzu Informationsmaterial bereit[5] und haben digital verfügbare Reader herausgegeben, die zentrale antifeministische Argumente entkräften und Interventionsmöglichkeiten aufzeigen (vgl. z.B. Beck/Stiegler 2017; Schutzbach 2017). Der Diskursatlas Antifeminismus (o.J.) stellt im Internet Informationen über Antifeminismus und seine Erscheinungsformen in unterschiedlichen Teildiskursen bereit, die regelmäßig aktualisiert werden. Der Berliner Bildungsträger Dissens e.V. erarbeitete mit „Dieses Genderdings!" ein Online-Wörterbuch, das gebräuchliche Begriffe zum Thema Geschlechterverhältnisse und Sexualität in einfacher Sprache erklärt und sich speziell an Jugendliche richtet (Klemm/Wittenzellner/Kneppner, o.J.). Diese Informationen können für den Schulunterricht,

in der politischen Bildungsarbeit und in der universitären Lehre genutzt werden – oder einfach auch an Interessierte im persönlichen Umfeld weitergebeben werden. Geschlechterforscher*innen, die an Hochschulen tätig sind, haben die Möglichkeit, antifeministische Diskurse in Lehrveranstaltungen zu thematisieren und damit Studierende für das Thema zu sensibilisieren – und zugleich wissenschaftliche Standards transparent zu machen. Eine weitere Interventionsmöglichkeit ist die Aufbereitung der Inhalte der Gender Studies in Formaten, die ein breiteres Publikum ansprechen, wie z.B. den bundesweiten Aktionstag #4genderstudies, der 2019 bereits zum dritten Mal mit wachsender Beteiligung stattfand. In Marburg fanden an diesem Tag für die Studierenden Workshops statt, auf denen studentischer Forschungsarbeiten zum Thema Gender präsentiert wurden, um die thematische Breite der Geschlechterforschung zu demonstrieren. Zudem organisierten wir eine teilnehmende Beobachtung des Twitter-Geschehens auf dem Hashtag #4genderstudies mit anschließender Diskussion über die dort vorgetragenen Pro- und Contra-Argumente sowie den Stil der Auseinandersetzung.

Generell gilt: Die beste Interventionsstrategie gegen Antifeminismus ist es, sich nicht unterkriegen zu lassen, Bündnisse mit anderen zu schließen – und eigene emanzipatorische Inhalte, Ziele und Visionen proaktiv weiterzuverfolgen. Überdies ist im Falle antifeministischer Angriffe Solidarität gefragt, auch aus der Wissenschaft – durch Unterstützungs-Emails, öffentliche Stellungnahmen, die Unterzeichnung von online-Petitionen oder auch schlicht durch freundliche Gesten gegenüber angegriffenen Wissenschaftler*innen.

Anmerkungen

1 Das Projekt wurde vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) finanziert und von Dorothee Beck bearbeitet (Laufzeit: 01.08.17-31.01.19), vgl. https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/genderismus.

2 Das Projekt wurde vom BMBF finanziert (Laufzeit: 01.10.2017-31.01.2020). Beteiligt waren 12 Wissenschaftler*innen, zwei wissenschaftliche und fünf studentische Hilfskräfte, vgl. https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/reverse.

3 Für eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse sei auf den Sammelband verwiesen, der demnächst erscheint (Henninger/Birsl 2020 i.V.).

4 Angesichts der Zentralität der Mutter-Figur in diesen Diskursen wurden Aussagen zu Vätern lediglich kontrastierend herangezogen.

5 Vgl. neben den Angeboten der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung auch die online-Präsenz der Amadeo-Antonio-Stiftung und des Berliner Bildungsträgers Dissens e.V.

Literatur

Beck, Dorothee/**Stiegler**, Barbara, 2017: Das Märchen von der Gender-Verschwörung. Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Internet: www.fes.de/forum-politik-und-gesellschaft/artikelseite-news-slider/publikation-warum-das-mit-der-gender-verschwoerung-ein-maerchen-ist/ (09.01.20).

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) (Hg.), 2018: Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus. Berlin. Internet: www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefaehrdung.pdf (09.01.20).

BT-Drucksache 19/8220, 2019: Antwort der Bundesregierung vom 27.03.2019 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: „Genderkritik und die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft durch Misandrie", 13.03.2019. Internet: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/087/1908788.pdf (08.01.2020).

Diskursatlas Antifeminismus, o.J. Internet: www.diskursatlas.de/index.php?title=Hauptseite (10.02.20).

Henninger, Annette, 2019: Antifeminismus in Deutschland: Entwicklungen in verschiedenen Praxisfeldern. In: Femina Politica 28 (1), 139-141.

Henninger, Annette/**Birsl**, Ursula (Hg.), 2020 (i.E.): Antifeminismen. ‚Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript.

Kelle, Birgit, 2017: Hört auf, uns Mütter „befreien" zu wollen! In: welt.de, 13.07.2017. Internet: www.welt.de/debatte/kommentare/article166632672/Hoert-auf-uns-Muetter-befreien-zu-wollen.html (08.01.20).

Klemm, Sarah/**Wittenzellner**, Ulla/**Knepper**, Lena, o.J.: Dieses Genderdings! Wörterbuch. Berlin: Dissens-Institut für Bildung und Forschung e.V.. Internet: https://somi.dissens.de/fileadmin/social_media_interventions/SoMI_Wörterbuch.pdf (10.02.20).

Marx, Daniela/**Kotlenga**, Sandra, 2017: Übliche Widerstände oder neue Infragestellungen? Gleichstellungsfeindlichkeit und Angriffe auf Gleichstellungsarbeit an Hochschulen in Niedersachsen. Bericht zum Projekt „Antifeminismus an Hochschulen in Niedersachsen" (unter Mitarbeit von Birte Driesner und Doris Hayn). Georg-August-Universität Göttingen: Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulbeauftragter. Internet: https://www.nds-lagen.de/download/Berichte/Abschlussbericht_LNHF-Projekt_Antifem_final_Sept_2018.pdf (09.01.20).

Schutzbach, Franziska, 2017: „Gender Raus!" Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Internet: https://www.gwi-boell.de/de/2017/07/04/gender-raus-12-richtigstellungen-zu-antifeminismus-und-gender-kritik (09.01.20).

Frauen auf der Überholspur? Kolonialität der Staatsbürgerschaft und verkörperte soziale Mobilität[1]

JULIA ROTH. MANUELA BOATCĂ

Die gegenwärtige Kluft zwischen Arm und Reich auf globaler Ebene macht die Welt ungleicher als je zuvor (Reid-Henry 2015). Gleichzeitig ist der Reichtum stark geschlechtsspezifisch verteilt. Unter zehn Milliardär*innen weltweit ist nur eine Frau, und nur 1,4% darunter sind Milliardärinnen der ersten Generation, also keine Erbinnen (Wang 2018; Pendleton/Cannon 2018). Im Gegensatz dazu besitzen Frauen weniger als zwei Prozent Land weltweit, stellen die Mehrheit der ärmsten Menschen

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i1.10